

Klaus-Peter Puls:

Minderheiten verfassungsrechtlich schützen!

In der heutigen Landtagsdebatte zum Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Änderung der Landesverfassung sagte der innen- und rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus-Peter Puls:

Unser Ziel ist es, bestimmte schützenswerte Gruppen unserer Gesellschaft ausdrücklich unter den Schutz unserer Landesverfassung zu stellen und endlich auch für Schleswig-Holstein ein Landesverfassungsgericht einzurichten: Wir sind das letzte Bundesland, das seine Verfassungsrechtsstreitigkeiten nach wie vor im fernen Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht verhandeln lassen muss. In Schleswig-Holstein wäre die Einrichtung sinnvoll, zweckmäßig und kostengünstig z.B. mit vorhandenen Räumen und mit vorhandenem Personal kurzfristig realisierbar. Alle Personen und Institutionen in unserem Lande, auch die Kreise, Städte und Gemeinden, hätten umgehend eine Appellationsinstanz, die ortsnah, sachnah und zeitnah verfassungsrechtliche Streitfragen beantworten könnte.

Darüber hinaus wollen wir wichtige gesellschaftliche Gruppen und Minderheiten in den Schutz unserer Verfassung aufnehmen:

- Wir halten es für erforderlich, dass die Minderheit der deutschen Sinti und Roma den gleichen verfassungsrechtlichen Status erhält, den heute schon die nationale dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe haben.
- Wir halten es auch für erforderlich, dass Menschen mit Behinderungen unter den besonderen Schutz des Landes gestellt werden und dass das Land die

Rechte und Interessen pflegebedürftiger Menschen schützt und eine Versorgung fördert, die allen Pflegebedürftigen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

- Und schließlich, aber nicht zuletzt wollen wir auch Kinder und Jugendliche in unserem doch von allen immer wieder in höchsten Tönen proklamierten „kinder- und jugendfreundlichen Land“ unter den besonderen Schutz der Landespolitik und der Landesverfassung stellen.

Weil wir für eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit des Landesparlaments benötigen, hoffen wir, dass im schutzwürdigen Interesse der gesellschaftlichen Gruppen nicht nur die kleineren Fraktionen, sondern auch die CDU-Fraktion unserem Antrag zustimmen wird.